



**DGfE** Deutsche Gesellschaft  
für Erziehungswissenschaft

DGfE e.V. | Warschauer Straße 36 | D-10243 Berlin

An die  
Bundesministerin für Bildung und Forschung  
Bettina Stark-Watzinger  
Kapelle-Ufer 1  
D-10117 Berlin

Vorsitzende  
Prof. Dr. Anja Tervooren

Stellvertretende Vorsitzende  
Prof. Dr. Tanja Sturm

Vorstand  
Prof. Dr. Birgit Althans  
Prof. Dr. Elke Kleinau  
Prof. Dr. Rolf-Torsten Kramer  
Prof. Dr. Bernhard Schmidt-Hertha  
Prof. Dr. Christine Wiezorek

Geschäftsführung  
Susan Derdula-Makowski, MA

Geschäftsstelle  
DGfE e.V.  
Warschauer Straße 36  
D-10243 Berlin  
T: +49 (0)30 3034 3444  
F: +49 (0)30 3439 1853  
M: buero@dgfe.de

8. August 2022

## BMBF Forschungsförderung – Unklarheiten, Verzögerungen, Streichungen

Sehr geehrte Frau Ministerin,

im Austausch mit Kolleg:innen haben wir erfahren, dass der Beginn zahlreicher Projekte aus sieben verschiedenen Förderlinien zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Trotz positiver wissenschaftlicher Begutachtung wurde dann im Nachgang etlichen Projekten die Förderung verweigert, selbst kostenneutrale Verlängerungen nicht bewilligt und wiederum anderen Projekten die beantragten und mündlich wie auch per Mail zugesagten Mittel um zehn Prozent gekürzt. Begründet wird diese von großen Teilen der *scientific community* nicht nachvollziehbare Politik Ihres Ministeriums mit der derzeitigen Haushaltslage sowie neuen Schwerpunktsetzungen. Die Absagen wie auch die Kürzungen betreffen u.a. Projektanträge, die von Mitgliedern unserer Fachgesellschaft in den Förderlinien „Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie – Forschung für Integration, Teilhabe und Erneuerung“ sowie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“ eingereicht wurden. Bedarf es wirklich einer erneuten Betonung, wie gesellschaftsrelevant die erziehungswissenschaftliche Forschung zu Folgen von Corona und zu Rassismus und Rechtsextremismus ist? Positiv begutachtete Forschung über gesellschaftliche Polarisierung(en) kann nun nicht durchgeführt werden, und auch Erkenntnisse, wie zukünftig besser mit Krisensituationen umgegangen werden kann, werden ausbleiben. In beiden Förderlinien geht es um Forschung, die der nachhaltigen Bewältigung ungleicher gesellschaftlicher Teilhabe, von Rassismus, Sexismus, Klassismus und Ableismus dient.

Darüber hinaus wirkt sich diese Form der Förderpolitik verheerend auf die Lebenslagen von Wissenschaftler:innen in Qualifizierungsphasen und deren Berufsbiografien aus. Wir sehen hier eine Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber jungen Forscher:innen, die im Vertrauen auf bisher verlässliche Zusagen des BMBF erhebliche zeitliche und inhaltliche Ressourcen mobilisiert haben, vielfach bereits bestehende Verträge gekündigt haben, da die bisherige Praxis des BMBF kaum Vorlaufzeiten beinhaltet, und die jetzt – und ggf. auch deren Familien – einer ungewissen wissenschaftlichen Zukunft entgegensehen. Etliche Antragsteller:innen sind kürzlich aufgefordert worden, innerhalb von 14 Tagen eine Überarbeitung ihrer ursprünglichen Kostenkalkulation einzureichen, um die geforderte zehn- bzw. fünfprozentige Kürzung der Fördermittel zu realisieren. Mitten in der Haupturlaubszeit ist diese kurze Fristsetzung nach monatelangen Verzögerungen eine Zumutung und zehn Prozent sind, mit Urlaub, auch keine *peanuts*. Größere bzw. finanzstärkere Hochschulen können diese Kürzung der Fördermittel ggf. durch Eigenmittel auffangen, kleinere Hochschulen oder Hochschulen, die z.Zt. von Sparauflagen betroffen sind, haben in dieser Hinsicht wenig bis gar keinen Spielraum. Zu befürchten ist, dass Wissenschaftler:innen aus dieser Erfahrung die Konsequenz ziehen werden, zukünftig keine BMBF-Projekte mehr zu beantragen, da sie weder sich noch ihren Mitarbeiter:innen einen solchen willkürlich anmutenden Umgang zumuten möchten. Das Vertrauen von Wissenschaftler:innen und Hochschulen, im BMBF eine verlässliche Partnerin der Wissenschaftsförderung zu haben, ist durch die Vorgehensweise des Ministeriums massiv beschädigt worden und könnte sich auch negativ auf die Bereitschaft zur Erstellung von Gutachten und beruflich in der Wissenschaft tätig zu sein etc. auswirken.

Auch bei in- und ausländischen Kooperationspartner:innen in Wissenschaft und Praxis stößt die Vorgehensweise des Ministeriums auf Unverständnis und zerstört langjährig aufgebautes Vertrauen in die Verlässlichkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland. Für die Antragstellung haben nicht nur die Antragstellenden viele Ressourcen mobilisiert, sondern dort sind bspw. auch Ressourcen von Seiten der Schulen, von Schulleitungen, der Schuladministration eingeflossen, obwohl in Anbetracht der chronischen Unterfinanzierung des deutschen Erziehungs- und Bildungssystems sowie des chronischen Mangels an Lehrkräften eigentlich keine Ressourcen für Forschungsvorhaben vorhanden sind. Sich nun an die schwer gewonnenen Projektpartner:innen zu wenden, mit der Aussage, dass die geplanten Erhebungen mangels ausbleibender Förderung des Bundes entfallen oder die Datenerhebungen in den bevorstehenden Corona-Winter verlegt werden müssen, das beschädigt die Reputation angesehener Wissenschaftler:innen in Deutschland und wird zukünftige Forschungen in pädagogischen Untersuchungsfeldern deutlich erschweren.

Wir sehen die aktuelle Situation mit großer Sorge und bitten um einen baldigen Gesprächstermin.

Für den DGfE-Vorstand



Univ.-Prof. Dr. Elke Kleinau



Univ.-Prof. Dr. Tanja Sturm